

Europa – die Qual nach der Wahl

Dr. Hans Jürgen Luibl



Leiter Evang. Stadtakademie Erlangen
E-Mail:
hj.luibl@t-online.de

Europa hat gewählt, zumindest hat die Europäische Union ihr Parlament gewählt. Die Ergebnisse können nicht wirklich überraschen, aber sie irritieren dennoch. Es bleibt bei einer Mehrheit für Christ- und Sozialdemokraten, aber zu den wirklichen Gewinnern der Wahl gehören europaweit Rechtspopulisten und Rechtskonservative, Europaskeptiker und Europakritiker aus verschiedenen politischen Lagern und Stimmungslagen (in Bayern sind allerdings die Wähler(innen) den Weg der CSU auf diesem Gebiet nicht mitgegangen). Was Marine Le Pen für den Front National als Politikmaxime formuliert, nämlich eine Politik zu machen „von Franzosen, für Franzosen, mit Franzosen“, könnten auch andere als ihre nationale Perspektive unterschreiben. Dieser Zug zum Nationalen ist meist gepaart mit einer Abschottung nach außen, einer Ausländerfeindlichkeit nach innen und einer steigenden Xenophobie. Konkrete europapolitische Positionen sucht man in den entsprechenden Programmen vergeblich – bleibt nur das Motto von Marine Le Pen: „Frankreich erobern, die EU zerstören.“

Es ist sehr fraglich, ob die jetzt gewählte Politik constellation den anstehenden Fragen gerecht wird. Das Europa-Projekt befindet sich 60 Jahre nach Beginn der europäischen Integration – wieder einmal – in einer massiven Krise. Die Stichworte der Krise sind schnell benannt: 1. Aus der Wirtschaftsunion ist noch keine Währungsunion geworden. Damit verbleibt sie ohne finanzpolitisches Instrumentarium auf der Ebene einer gehobenen Freihandelszone, die den Markt öffnet, ohne ihn zu regulieren. 2. Aus den Banken Krisen sind Staatskrisen geworden, der Euro-Rettungsschirm kann hier nur nachjustieren, doch das wirtschaftliche Gefälle innerhalb der EU verschärft sich, lässt neue Sozialprobleme entstehen: Die Jugendarbeitslosigkeit steigt in manchen Ländern bis zu 50% – aber eben längst nicht in allen, was wiederum die Fliehkräfte innerhalb der Union verstärkt. 3. Im Ukraine Konflikt oder im Bürgerkrieg in Syrien gelingt es trotz der Verabredung einer Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik (GASP) nicht, mit gemeinsamer Stimme aufzutreten. Und im Verhältnis zu den USA wirkt die

EU sprachlos: Die NSA-Affäre bleibt politisch unbearbeitet, die Verhandlungen mit den USA über eine Freihandelszone TTIP bleiben streng geheim, die europäischen Regierungen und die Öffentlichkeit weitgehend ausgeschlossen.

Offen ist derzeit, wie sich Europapolitik künftig formiert. Weder ist abzusehen, ob die nationalistischen Europakritiker sich verbünden, um eine gemeinsame Linie zu verfolgen und welche das sein kann. Noch ist klar, ob das Wahlergebnis zu einer Art Großen Koalition führt, was dann sicherlich Stabilität brächte, zugleich aber wenig Innovations- und Widerstandskraft gegenüber der Kommission bedeuten würde. Am Ende könnte so der Einfluss der nationalen Regierungen über den Rat und die parlamentarische Demokratie weiter wachsen. Und den Nationalisierungstendenzen im Zuge der Wahl entsprechen auch aktuelle Entwicklungen: ob in den Staaten oder auf EU-Ebene, ob eher europafreundlich, wie die Mehrheitsparteien, oder mehr europakritisch am linken oder rechten Rand – es wird in vielerlei Hinsicht nationaler.

Auf der einen Seite ist Europa eine Geschichte des wirtschaftlichen Erfolgs mit hoher integrativer und friedenssichernder Kraft. Andererseits steckte von Anfang an auch eine Schwäche im System: ein Defizit an gemeinsamer Ausrichtung, politischer Verantwortlichkeit und nationenübergreifender Solidarität. Darin wurzelt die Krise des Projekts Europa – und droht derzeit, es gänzlich infrage zu stellen. Europa steht völlig neu auf dem Prüfstand.

Wie wenig es gelungen ist, das europäische Miteinander über die Wirtschaftsbeziehungen hinaus festzuschreiben, mag der Blick auf die am Ende gescheiterte Verfassung der Europäischen Union zeigen. Eine gewisse Popularität hatte diese Verfassungsdiskussion auch in Bayern, als im Vorfeld kontrovers diskutiert wurde, ob eine Invokation, also eine Anrufung Gottes am Anfang der Verfassung, zeitgemäß sei. Am Ende erübrigte sich diese Diskussion. Die Bemühungen um eine europäische Verfassung endeten mit dem Vertrag von Lissabon, in Kraft seit 2009 – ein solides Regelwerk ohne Ansprüche auf eine quasistaatliche Organisation der EU.

Entscheidend ist aber, dass Europa zunächst eine Sache der Begegnung und der Gemeinschaft ist, dann erst eine der Institutionalisierungen – das hat

Europa mit dem Glauben gemeinsam. Und überhaupt wäre es zu überlegen, ob das Thema „Europa vor Ort“ nicht ein Element in der Entwicklung der evangelischen Kirche und ihrer Gemeinden sein könnte: Wissen wir, wie viele Finnen oder Engländer in unseren Städten leben? Sind sie Teil oder gar willkommen in unseren Gemeinden? Europa ist manchmal näher als uns lieb ist und wir sehen können. Die Kommunikation des Evangeliums und die Europäisierung Europas von unten, so eine Formulierung des Soziologen Ulrich Beck, hängen vielleicht enger zusammen als manchmal vermutet.

Das scheint sich als entscheidende Frage im europäischen Kontext aufzutun: Gelingt es, reformatorische Kraft in die europäischen Prozesse einzubringen? Der Blick auf die evangelischen Kirchen kann skeptisch werden lassen, denn die evangelische Arbeit an Europa war von Anfang eher eine Aufgabe von Einzelnen, von Gemeinden und des Protestantismus – Kirchen als Institutionen sind eher spät eingestiegen (etwa 1973 mit der Gründung der Leuenberger Kirchengemeinschaft). Die derzeitige Rückkehr in die festen Burgen des Glaubens entspricht einer allgemeingesellschaftlichen Distanz zur Religion gerade in politischen Entwicklungen: Symbole wie Kreuze (und auch Kopftücher) im öffentlichen Raum werden ebenso kritisch gesehen wie staatliche Privilegien für konfessionellen Religionsunterricht oder den Dritten Weg im kirchlichen Arbeitsrecht. Dennoch: Im Lissabon-Vertrag findet sich der sog. Kirchenartikel (Artikel 17). Der erste Abschnitt regelt das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen: *(1) Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen und Gemeinschaften in den Mitgliedsstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und lässt ihn unangetastet.* Der Abschnitt 3 regelt die Kommunikation zwischen EU-Gremien und Kirchen: *(3) Die Union pflegt in Anerkennung der Identität und des besonderen Beitrags dieser Kirchen und Gemeinschaften einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit ihnen.* Die Kirchen sind die einzigen Körperschaften aus dem Sozialraum, die explizit und in dieser Funktion genannt werden. Offen ist, ob und wie die evangelischen Kirchen dem gerecht werden können. Eine Stärkung der inneren Verbindung und Verbindlichkeit der evangelischen Kirchen, etwa in einer Evangelischen Kirche in Europa mit einer eigenen Synode, wäre ein erster Schritt, der verbunden sein muss mit einem Schritt auf die europäischen Gremien zu.



Dies aber bedeutet, dass die evangelischen Kirchen zunächst in sich selbst europäisch denken und handeln lernen, dass sie die Themen von Xenophobie und Nationalismus als eigene Fragestellungen verstehen und angehen müssen, dass sie ein gemeinsames Verantwortungs- und Solidaritätsprinzip entwickeln müssen. So könnte es gelingen, das aus Erfahrung gewachsene Leitmotiv des europäischen Protestantismus „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“ von einem ekklesialen zu einem gesellschaftspolitischen Motiv zu machen.

Was hilft es, dass nach der Europawahl nun viele Tränen vergossen werden, darunter etliche Krokodilstränen, weil der Rechtspopulismus auch das Ergebnis institutionalisierter und interessengeleiteter Europadistanz ist? Was helfen hier schlichte Appelle? Beizukommen ist der Krise nur mit dem Eingeständnis der Versäumnisse in der Europapolitik und mit einer mühsamen Arbeit auf den Baustellen Europas. Dazu gehört auch das Gespräch mit den Europaskeptikern. Dieses Gespräch könnten gerade Kirchen, weil sie über den Parteien und Interessen für eine neue Form von Gemeinschaft stehen, vorantreiben – nicht zuletzt mit der eigenen europakritischen Klientel und über die eigenen Kirchengrenzen hinweg. So könnte aus der Qual nach der Wahl ein neuer Aufbruch entstehen.